

NDR Info - Das Forum, 02.10.2018

Unzufriedenheit in Deutschland trotz Wirtschaftsboom und Wohlfahrtsstaat?

Ein Feature von Astrid Springer

(Anlässlich der Jahrestagung der Gesellschaft für Sozialen Fortschritt in der Evangelischen Akademie Loccum)

Es geht um die Frage: Wie schafft Politik eine gerechte Umverteilung der Reichen hin zu den weniger Reichen, damit eine Gesellschaft nicht weiter in die Spaltung gerät. Die Politik macht ihre Hausaufgaben nicht im Moment. Chancengerechtigkeit und die soziale Ungerechtigkeit gehören zusammen, und die müssen angepackt werden.

Thomas Bartsch-Hauschild hat als Gewerkschafter ein Leben lang gegen soziale Ungerechtigkeit gekämpft. Jetzt ist er im Ruhestand. Aber die Stimmengewinne der AfD und der Rechtspopulismus treiben ihn um. Er will genauer wissen, welche Gründe hinter deren Erfolg stecken. Die Wirtschaft boomt - sind die Menschen vielleicht trotzdem unzufrieden?

Diese Frage beantwortet das so genannte Sozio-Ökonomische Panel.

Dahinter verbirgt sich eine Langzeitstudie. Seit 1984 werden in Deutschland ausgewählte Haushalte in bestimmten Zeitabständen befragt - nach den Veränderungen in ihrem Leben, nach ihrer wirtschaftlichen Situation und auch nach ihrer persönlichen Zufriedenheit.

Was über die Zufriedenheit allgemein bekannt ist erläutert Stefan Liebig. Der Soziologe leitet das Sozio-Ökonomische Panel am Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung in Berlin:

Wir beobachten in unseren Umfragen derzeit den höchsten Stand an Lebenszufriedenheit, das heißt: Wir fragen wie immer: "Wie zufrieden sind Sie mit ihrem Leben als Ganzes?" und dann können sie angeben, "überhaupt nicht zufrieden", "sehr zufrieden" - und das kann man dann messen und mit statistischen Methoden berechnen. Und was wir eben sehen ist, dass seit 1991 das Niveau an Lebenszufriedenheit in Deutschland

überall betrachtet am Höchsten ist, das gilt übrigens auch für die Zufriedenheit mit der Demokratie in Deutschland.

Ganz ähnlich verhält es sich mit der Einkommenssituation - ebenfalls ein wichtiger Gradmesser für die Zufriedenheit.

Was die Einnahmen-Situation angeht sehen wir, dass seit 1991 die Einkommen tatsächlich angestiegen sind. Insbesondere seit 2005 beobachten wir eine Zunahme der verfügbaren Haushaltseinkommen, und das ist eigentlich in allen Einkommenschichten so der Fall - außer in den Gruppen, die am wenigsten verdienen.

Dieses Ergebnis überrascht, beklagt doch zum Beispiel der Paritätische Wohlfahrtsverband regelmäßig die Zunahme von Armut in Deutschland und ein Auseinanderklaffen der Einkommensschere zwischen Arm und Reich. Wie passt das zusammen?

Holger Lengfeld, Soziologe an der Universität Leipzig, hat zu den Einkommensunterschieden in den gesellschaftlichen Schichten geforscht.

Wir wissen, dass im Zuge der wirtschaftlichen Globalisierung, die begann in den 80iger Jahren für Westdeutschland, danach für Gesamtdeutschland, die Ungleichheit in den Erwerbseinkommen der Deutschen gestiegen ist. Das heißt: Es gibt einen Effekt der zunehmenden internationalen Konkurrenz, der dazu geführt hat, dass Personen mit mittleren und höheren Qualifikationen größere Einkommenssteigerungen haben erzielen können am Markt als das die Menschen mit geringen Qualifikationen konnten. Das sind die sogenannten Markteinkommen. Nehmen Sie die Brutto-Stundenlöhne: Da ist die Ungleichheit zwischen den Niedrigbeziehern von Einkommen und den oberen Einkommensbeziehern deutlich gestiegen.

Komplizierte statistische Berechnungsmethoden kommen zum Ergebnis, dass Sozialleistungen des Staates die Einkommensunterschiede zwar mildern - aber:

Die Lücke bleibt. Und wir haben Bevölkerungsanteile, die Bezieher der kleinsten Einkommen, die über die Jahre hinweg in den letzten 20 Jahren wenig bis gar nichts real hinzugewonnen haben - also deren Einkommen sind zwar nicht unbedingt gesunken, aber sie sind entweder nicht

gestiegen und wenn, dann nur in wesentlich geringerem Ausmaß als die mittleren oder oberen Einkommensbezieher.

Die Folge: Armut hat in Deutschland zugenommen. Als arm gilt, wer weniger als 60 Prozent eines Durchschnittseinkommens zur Verfügung hat.

Diese Entwicklung nahm schon Mitte der siebziger Jahre ihren Anfang. Mehr und mehr einfache Industrie-Arbeitsplätze, die aber vergleichsweise gut bezahlt waren, fielen weg. Und im Dienstleistungssektor können sich heute viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit ihren Jobs den Lebensunterhalt nicht mehr sichern.

Armut nimmt statistisch nicht nur zu - sie verfestigt sich auch, vor allem in Ostdeutschland. Das hat Olaf Groh-Samberg vom Forschungszentrum Ungleichheit und Sozialpolitik der Universität Bremen nachgewiesen. In Deutschland leben immer mehr Menschen, die aus der Armut nicht mehr herauskommen.

Das hat natürlich auch den Hintergrund, dass die Einkommensverteilung in der damaligen DDR flach, relativ gestaucht war. Mit der Wiedervereinigung haben wir einerseits zwar einen enormen Anstieg der Einkommensniveaus, aber eben auch einen ganz explosionsartigen, fast "Anstieg" der Einkommensungleichheit, der dann auch sich überlagert mit eben Problemlagen in anderen Lebensbereichen: mit Arbeitslosigkeit, mit der Wohnraumversorgung, so dass wir gerade in Ostdeutschland einen besonders starken Anstieg dieser Gruppe in der verfestigten Armut haben.

Doch selbst dann, wenn die Menschen mit ihrem Einkommen und ihrem Leben objektiv zufrieden sein können, bedeutet das nicht, dass sie die eigene Situation subjektiv auch als befriedigend empfinden. Das beobachtet die Bildungssoziologin Bettina Kohlrausch. Sie forscht an der Universität Paderborn über soziale Ungleichheit und rechtspopulistische Einstellungen.

Es reiche schon das Gefühl der Angst vor dem sozialen Abstieg, um Menschen unzufrieden und anfällig für rechtspopulistisches Gedankengut zu machen:

Habe ich das Gefühl: Mir geht es schlechter als meinen Eltern; habe ich Sorgen, ob es meinen Kindern auch nochmal gut gehen wird. Und da habe ich in meinen Daten gesehen, dass Menschen, die sich subjektiv eher unten einordnen, auch wenn man, also unabhängig sozusagen davon, wo die objektiv stehen in der Gesellschaft, egal, wie viel sie tatsächlich verdienen oder was sie für einen Bildungsgrad haben, dass diese Menschen häufiger AfD wählen.

Warum sympathisieren Bürgerinnen und Bürger mit der AfD? Warum wählen sie diese Partei? Das war eine der zentralen Fragen auf der Tagung in der Evangelische Akademie Loccum.

Eine erste Antwort: Es ist die Angst vor dem sozialen Abstieg, selbst dann, wenn die persönliche Lebenszufriedenheit hoch und das Einkommen gut sind.

Und: es ist die ‚gefühlte‘ Lücke zwischen Menschen mit sehr geringem Einkommen und Menschen mit mittlerem oder sehr hohem Einkommen.

Hier finden Verletzungen statt. Zu diesem Schluss kommt Armutsforscher Olaf Groh-Samberg:

Wir sehen, und das stützen auch Umfragen, dass Normen der Verteilungsgerechtigkeit verletzt werden. Das heißt: Diese unteren Einkommensgruppen verdienen einfach zu wenig. Wir sehen auch und können auch wissenschaftlich gut nachweisen, dass zum Beispiel Normen der Leistungsgerechtigkeit im Bildungssystem verletzt werden. Untere soziale Gruppen haben weniger Bildungschancen auch bei gleichen kognitiven Leistungen oder Kompetenzen. Das heißt: Hier werden etablierte und anerkannte Ideale verletzt.

Und es verletzt auch das Gerechtigkeitsgefühl, sagt Stefan Liebig vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung, wenn Menschen mit zweierlei Maß gemessen werden und dabei das Gefühl haben,

dass bestimmte Regeln in unserer Gesellschaft nur noch für bestimmte Gruppen gelten und für andere nicht. Wenn zum Beispiel eine Kassiererin, weil sie den Bon für Pfandgut für sich nimmt, den sie gefunden hat, entlassen wird, aber ein anderer Mensch, der ebenfalls Fehler gemacht

hat, aber eben in einer ganz anderen Gehaltsregion lebt, eben für die Fehler, die er gemacht hat, noch befördert wird. Das hat was mit Respekt zu tun. Wir erwarten, dass wir in unserer Persönlichkeit und als Staatsbürgerinnen und Staatsbürger gleich behandelt und auch geachtet werden.

Claus Wergin hat immer in den neuen Bundesländern gelebt und arbeitet als Referatsleiter im Sozialministerium des Landes Mecklenburg-Vorpommern. Aus seiner persönlichen Erfahrung heraus vermisst er genau diesen Respekt: die Achtsamkeit und Sensibilität im Umgang mit den Menschen in Ostdeutschland:

Deutlich kann man spüren, dass Politik und Politiker nicht mehr mit diesen Menschen ausreichend im Gespräch sind und viele sich auch mit ihren Lebenslagen, mit ihren Enttäuschungen, mit ihren Alterssorgen oder Alltagsorgen gar nicht mehr verstanden fühlen. Und da passiert es natürlich: Wer lange unerhört bleibt, verhält sich möglicherweise irgendwann unerhört.

Gleichgültige Politiker, zu geringer Verdienst, unfaire Behandlung: da könnte man Gegenwehr und Protest erwarten und den Ruf nach sozialer Gerechtigkeit. Stattdessen aber geschieht etwas, was auch Olaf Groh-Samberg vom Bremer Forschungszentrum für Ungleichheit und Sozialpolitik überrascht hat:

O-Ton 11 Olaf Groh-Samberg

Die politischen Parteien, die jetzt Kapital schlagen aus der Unzufriedenheit, die da ist, mobilisieren eher Gerechtigkeitsvorstellungen, die auf Zugehörigkeit basiert sind. Also: Ich bin Deutscher, ich bin Mann, ich bin hier aufgewachsen, und dadurch oder deswegen stehen mir bestimmte Dinge zu, die jetzt eingeklagt werden sollen. Das ist ein Stück weit auch eine Paradoxie.

Sprecherin:

Wird das Gerechtigkeitsempfinden verletzt, verlieren die Menschen das Vertrauen in den Staat und seine Institutionen, in Politik und Wirtschaft.

Die Bildungsforscherin Bettina Kohlrausch ist in ihren Untersuchungen auf ein Phänomen gestoßen, das das verletzte Gerechtigkeitsempfinden begleitet und verstärkt:

AfD-Wähler haben ein tiefes, tiefes Misstrauen in die Demokratie und in die demokratischen Institutionen, und dieses Misstrauen ist ziemlich weit verbreitet in unserer Gesellschaft. Und dieses populistische Narrativ: "Es gibt da irgendwie eine korrupte Elite, die machen irgendwie nur Murks" und "Wir sind das einfache Volk, die ehrlichen Leute" usw., das wird ja bedient durch alle populistischen Parteien.

Solche Erzählmuster treffen den Nerv von Menschen, die von der Demokratie enttäuscht sind - und sie werden übertragen auf die "Flüchtlinge" und wie der Staat angeblich auch hier versagt hat:

"Merkel hat die Grenzen aufgemacht und wir haben überhaupt keine Kontrolle. Wir wissen nicht, wer im Land ist. Und die Leute, die abgeschoben werden müssen, werden nicht abgeschoben und dann sind die kriminell usw. usw.", was überhaupt nicht stimmt. Aber das bedient natürlich sehr stark diese Unzufriedenheit mit demokratischen Institutionen oder staatlichen Institutionen, und das zusammen, glaube ich, hat einen Einfluss auf die Ablehnung von Migration.

Vernachlässigung von und Ignoranz gegenüber bestimmten

Bevölkerungsschichten schlägt sich schließlich auch im Wahlverhalten nieder.

Wir wissen das schon seit vielen Jahren, dass vor allem die sozial prekären Milieus, die sozial schwächeren Menschen unserer Gesellschaft, zunehmend sich nicht mehr an Wahlen beteiligen.

Robert Vehrkamp leitet in der Gütersloher Bertelsmann Stiftung das Programm "Zukunft der Demokratie".

Ganz offensichtlich haben diese Menschen vor allem in den sozial schwächeren, in den sozial benachteiligten Milieus das Gefühl, dass es sich für sie nicht mehr lohnt, an Wahlen teilzunehmen, weil sie sich nicht mehr hinreichend von den etablierten Parteien in ihren Interessen vertreten fühlen, in ihren Problemlagen abgeholt fühlen. Sie sind ein Stück weit

resigniert, erhoffen sich von der Politik keine wirkliche Verbesserung ihrer Lebenssituation.

Und was folgt aus dieser Bestandsaufnahme? Was sollten, was müssten Politiker sinnvollerweise jetzt tun, zum Beispiel in der Wohnungspolitik?

In Deutschland fehlen nach Angaben des "Alternativen Wohngipfels" knapp zwei Millionen bezahlbare Wohnungen.

Jürgen Aring ist Architekt und Vorstand des Bundesverbandes für Wohnen und Stadtentwicklung:

Wir haben schon in der Mitte der letzten Legislaturperiode erkannt und geahnt, dass der Wohnungsmarkt sich in Richtung einer schwierigen Situation bewegt. Also nach meinem Empfinden reagiert die Politik zwar, und das ist erfreulich, aber sie reagiert doch recht kurzfristig und hektisch, indem sie bekannte Instrumente neu auflegt, ob Baukindergeld oder bestimmte vorgezogene Abschreibungen, Instrumente, die punktuell wirken, die aber auch eine hohe Streuwirkung haben und deswegen von vielen Experten als wenig zielführend erachtet werden.

Jürgen Aring und sein Verband fordern vor allem eine andere Bodenpolitik; denn es fehlt preiswertes Bauland. Deshalb müsse das Bundesbaugesetz geändert werden - und zwar der Paragraph 34, der die Vorschriften über das Bauen innerhalb bereits bebauter Ortsteile festlegt. In diesem Paragraphen müssten soziale Belange stärker berücksichtigt werden.

Man müsste die Vergabe von Flächen, die dem Bund bereits gehören, ändern, man müsste beim Verkauf von Grundstücken auf die sogenannte Konzeptvergabe setzen, also dass die inhaltliche Idee wichtiger ist als der höchste Preis. Man müsste die Besteuerung von Grund und Boden ändern. Es wäre wünschenswert, dass das angegangen wird, aber ich bin noch zweifelnd.

Und was sollte sonst noch angepackt werden? Auf der Tagung in der Evangelischen Akademie Loccum wurden zahlreiche Vorschläge gemacht.

Der Sozialforscher Stefan Liebig regt an, strenger auf die Einhaltung von Regeln zu achten – zum Beispiel wenn es um Sicherheit und Kriminalitätsbekämpfung geht. Und er plädiert für mehr Leistungsgerechtigkeit:

Wenn wir hier die Regel haben, dass, wer viel leistet, viel Geld verdienen kann, dann ist das eine Regel, dass diese Regel aber auch umgekehrt gilt, dass in dem Moment, wo jemand keine Leistungen bringt, er dann eben auch kein Geld mehr bekommt, weniger belohnt wird, und das muss dann auch für Alle gelten.

Armutsforscher Olaf Groh-Samberg fordert Korrekturen vor allem im Steuer- und Sozialsystem, wo unterschiedliche staatliche Leistungen nicht aufeinander abgestimmt seien.

Dazu haben wir eben eine hohe Steuerbelastung im unteren Einkommensbereich, und wir haben diese hohe Abgabenbelastung, das führt im Effekt dazu, dass in bestimmten Konstellationen es sein kann, dass ein Brutto-Mehrverdienst nicht nur dazu führt, dass netto gar nichts übrig bleibt, sondern dass man sogar unter Umständen netto weniger hat als vorher, wenn man mehr verdient, so dass wir hier negative Anreize eigentlich für eine weitere Arbeitsaufnahme haben. Hier würde es um eine Harmonisierung mindestens der unterschiedlichen sozialen Leistungen und auch des Steuer- und Abgabensystems gehen.

Robert Vehrkamp von der Bertelsmann Stiftung hält es für dringend erforderlich, dass die Parteien wieder in Kontakt kommen mit den Resignierten und Enttäuschten. Die AfD habe viele von ihnen in der letzten Bundestagswahl mit ausländer- und migrationsfeindlichen Ressentiments erfolgreich mobilisiert.

Die etablierten Parteien und aus meiner Sicht auch der Staat und die Gesellschaft müssen Strategien entwickeln, diese Nicht-Wähler-Milieus zurückzuholen. Die Parteien sind damit alleine überfordert inzwischen - Mitgliederschwund! Die haben auch teilweise gar nicht mehr die Ressourcen vor Ort, das alles machen zu können. Deshalb sehe ich in dieser Nicht-Wähler-Mobilisierung eine durchaus staatliche Aufgabe. Haustür-Kampagnen!

Weil die soziale Spaltung unter den Jüngeren noch viel ausgeprägter sei als unter den Älteren schlägt der Wahlforscher „wählen schon ab 16 Jahren“ vor, und zwar in den Schulen.

Weil wir wissen aus der Wahlforschung: Wählen will gelernt sein. Und wenn diese jungen Menschen in den Nicht-Wähler-Milieus von zu Hause dann nicht mehr herangeführt werden, wenn sie von ihren Eltern nicht mitgenommen werden ins Wahllokal, keine Gespräche stattfinden zu Hause darüber, dann lernen sie das nicht mehr, und da plädieren wir dafür, dass in die Schule zu tun und das auch offensiv anzugehen. Wählen gehört aus unserer Sicht in die Schulen.

Brücken in die vernachlässigten sozialen Milieus für Jüngere und für Ältere zu bauen sei gar nicht so schwer, meint Robert Vehrkamp - die Parteien müssten nur die Themen aufgreifen, die sowieso auf der Straße lägen - wie zum Beispiel das bezahlbare Wohnen.

Robert Vehrkamp formuliert seine Bedenken als Appell:

Meine Sorge ist eben, dass die etablierten Parteien selber die Verwurzelung und Verankerung in diese Milieus schon so stark verloren haben, dass sie diese Themen auch nicht mehr sehen - oder dass sie diese Themen eben auch nicht mehr sozusagen "Zielgruppen gemäß" durchdeklinieren können. Und das ist natürlich dann ein sich selbst verstärkender Prozess dieser sozialen Spaltung, dem wir unbedingt entgegen wirken müssen.

Zur Verfügung gestellt vom NDR

Dieses Manuskript ist urheberrechtlich geschützt und darf nur für private Zwecke des Empfängers benutzt werden. Jede andere Verwendung (z. B. Mitteilung, Vortrag oder Aufführung in der Öffentlichkeit, Bearbeitung, Übersetzung) ist nur mit Zustimmung des Autors zulässig. Die Verwendung für Rundfunkzwecke bedarf der Genehmigung des NDR.